



Studentenrat der TU Ilmenau
Pressemitteilung

ANSCHRIFT Studentenrat der TU Ilmenau
Max-Planck-Ring 7
Haus A, Zimmer 013
98693 Ilmenau

TEL 03677 69 1914

INTERNET www.stura-ilmenau.de

E-MAIL stura@tu-ilmenau.de

ORT, DATUM Ilmenau, 13. Juni 2008

Boykott 2.0

Der Studierendenrat der TU Ilmenau hat auf seiner Sitzung vom 11. Juni die Durchführung eines zweiten Verwaltungskostenbeitragsboykotts zum Wintersemester 2008 beschlossen.

Bereits vor einem Jahr hatte es einen Boykottversuch gegeben. Dieser musste abgebrochen werden, da sich die Universität auf Anweisung des Kultusministeriums geweigert hatte, die ca. 1000 Ilmenauer Boykott-Teilnehmer zurückzumelden. Mittlerweile ist allerdings gerichtlich geklärt, dass wegen der Nichtzahlung der Verwaltungskostenbeiträge niemand exmatrikuliert werden darf. Studierende, die lediglich den Semesterbeitrag von 61,50 Euro zahlen, müssen daher genauso zurückgemeldet werden wie ihre Kommilitonen, die zusätzlich 50 Euro Verwaltungskostenbeitrag bei der Rückmeldung überweisen. Somit fallen auch keine Säumnisgebühren für eine verspätete Rückmeldung an, die vor einem Jahr noch viele vom Boykott abgehalten hatten.

Der Studierendenrat fordert die Studierenden trotzdem auf, nicht ganz auf die Zahlung des Verwaltungskostenbeitrags zu verzichten, sondern ihren generellen Zahlungswillen zu zeigen, indem sie die 50 Euro auf ein Treuhandkonto überweisen, bis die Rechtmäßigkeit des Verwaltungskostenbeitrags gerichtlich geklärt ist. „Schließlich ist der Verwaltungskostenbeitrag durch das Weimarer Urteil noch nicht komplett vom Tisch. Jedoch kämpfen die Universitäten durch die gesetzgeberische Schlamperei beim Eintreiben der 50 Euro nur mit stumpfen Waffen“, erläutert Benjamin Heinrichs, der Hochschulpolitische Referent des Studierendenrates.

Heinrichs sagt weiter: „Beim letzten Boykott wurden die Hochschulen angewiesen, rechtswidrig zu handeln und einen säumigen Studenten zu exmatrikulieren. Wir sind sehr gespannt, welche Überraschungen das Kultusministerium diesmal aus dem Hut zaubert, um irgendwie an das Geld zu kommen.“

Parallel zum Boykott plant der Studierendenrat eine gerichtliche Prüfung der Rechtmäßigkeit des Verwaltungskostenbeitrags herbeizuführen und macht den Umgang mit den treuhänderisch verwalteten Beiträgen vom Ausgang des Verfahrens abhängig.

gez. Nick Faulwetter
Referat Öffentlichkeitsarbeit